

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2010



Gutes Geld braucht immer eine gute Politik

In fernen Zeiten, als das Geld noch aus Gold bestand, konnten sich die Menschen auf den Wert der Münzen verlassen. Heutzutage besteht das Geld – von metallischen Münzen für den kleinen Umsatz abgesehen – aus Papier, das die Regierungen mit einer Zahl bedrucken lassen.

Dieses Papiergeld ist leicht zu transportieren. Aber es ist durch Inflation auch leicht zu entwerten. Im Wirtschaftsalltag, zum Beispiel beim Zahlungsverkehr der Banken untereinander, werden nicht einmal mehr dicke Papierscheinbündel verschickt. Geld wird zum Buchungsvorgang. Da sind eine strikte Geldordnung und viel Disziplin nötig, um den Wert des Geldes gegen die Versuchungen der Überproduktion und Entwertung zu schützen. Den Griechen ist das, höflich gesagt, nicht gelungen. Ihr Staatshaushalt ist tief ins Defizit gefallen.

Diesen Fehlbetrag durch Ausgabenkürzungen wieder auszugleichen, ist auch in der Europäischen Währungsunion Sache der Griechen. Wenn sie es nicht schaffen, sinkt ihre Kreditwürdigkeit. Die Zinsen steigen und die Haushaltsfinanzierung in Griechenland wird immer teurer und schwieriger. Ab einem gewissen – nicht auszurechnenden – Punkt wirkt diese Entwicklung aber auch ansteckend: Wenn der Euro nichts mehr gilt, trifft das alle Länder, deren Währung der Euro ist.

Und da stellt sich dann die Frage: Die Griechen aus dem Euro-Verbund entlassen oder den Griechen helfen? Der Vertrag über die Währungsunion gibt keine bündige Antwort auf diese Frage. Die Mitglieder der Währungsunion dürfen einander helfen. Sie müssen es aber nicht. Es ist für sie wirtschaftlich und politisch auch nicht so leicht, Griechenland zu unterstützen, denn der jeweils hilfsbereite Regierungschef – in Deutschland die Regierungschefin – muss sich mit der Hilfe vor den Steuerzahlern rechtfertigen. Fazit: Gutes Geld mag man sich kurzfristig leihen können, langfristig braucht gutes Geld immer eine gute Politik.

Hans D. Barbier

Hochzeitsboom bei Krankenkassen

Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) und die Hamburg Münchener Krankenkasse haben es getan, die Barmer (BEK) und die Gmünder Ersatzkasse (GEK) ebenfalls, und die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Rheinland/Hamburg will sich zur Jahresmitte mit der AOK Westfalen-Lippe das Ja-Wort geben: Das Fusionskarussell bei den Gesetzlichen Krankenversicherungen dreht sich munter. Hatte es Anfang 2009 noch 215 gesetzliche Krankenkassen gegeben, waren es zum Jahresbeginn 2010 noch 169.

Stark beachtet wurde vor allem der Zusammenschluss von BEK und GEK zum 1. Januar 2010: Mit 8,6 Millionen Versicherten und einem Marktanteil von fast 13 Prozent ist die nun zusammengeschlossene „Barmer GEK – die gesunden Experten“ derzeit Branchenführer bei den gesetzlichen Kassen. Die politisch gewollte Fusionitis hat ihre rechtliche Grundlage im „Gesetz zur Verbesserung von Fusionsprozessen von Krankenkassen“ aus dem Frühjahr 2007.

Altersvorsorge mit Staatsmilliarden

Seit Einführung der sogenannten Riester-Rente im Jahr 2001 hat „Vater Staat“ 6,1 Milliarden € an Zulagen an die Vorsorgesparerer ausgezahlt. Inzwischen beläuft sich die jährlich

auszahlende Summe allein für das Riester-Sparen auf 2,4 Milliarden €.

Für alle Förderungen der privaten Altersvorsorge – neben der Riester-Rente werden weitere Vorsorgeformen unterstützt – summiert sich die Fördersumme seit 2002 auf fast 6,4 Milliarden €. Die Steuermindereinnahmen, die sich aus der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge ergeben, beliefen sich Ende 2009 auf 340,6 Millionen €.

dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt

Alte Liebe

Am 1. Januar 2010 jährte sich die Euro-Bargeldeinführung zum achten Mal. Und obwohl die D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel am 31. Dezember 2001 um 24.00 Uhr verschwand und nach wenigen Wochen der Euro den täglichen Zahlungsverkehr dominierte, wechseln täglich noch immer rund 1 000 Bürger Scheine und Münzen der alten Währung in den Bundesbank-Filialen um.

Ende 2009 standen noch 6,6 Milliarden D-Mark (17,5 Millionen Banknoten) aus. Das sind rund 2,6 Prozent des Banknotenumlaufs des Jahres 2000. Hingegen entsprechen die Ende 2009 ausstehenden Münzen im Wert von rund sieben Milliarden D-Mark (23,9 Milliarden Münzen) etwa 43 Prozent des Münzumlaufs des Jahres 2000. Ein kompletter Rückfluss des ausstehenden D-Mark-Bargeldes

ist laut Bundesbank nicht zu erwarten: Markstücke und Pfennigmünzen liegen als Glücksbringer in Brunnen oder werden – wie auch Banknoten – von Sammlern oder aus nostalgischen Gründen verwahrt. Auch im Ausland, vor allem in Ländern, in denen die D-Mark als Wertaufbewahrungs- oder Zahlungsmittel genutzt wurde, dürften noch erhebliche Restbestände vorhanden sein.

www.bundesbank.de

Sinkende Lebensmittelpreise

An den Gesamtausgaben für Konsumgüter gemessen, ist der Anteil für Nahrungsmittel im Verlauf der letzten 100 Jahre permanent gesunken: Während im Jahr 1900 fast 60 Prozent der Ausgaben für Lebensmittel hergegeben werden mussten, lag der Anteil 2008 bei gerade einmal 15 Prozent. Ein besonders starker Rückgang zeigt sich in den Jahren von 1950 bis 1970: Der Nahrungsmittelanteil an den Konsumausgaben sank um fast die Hälfte. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil kaum noch verändert. Im Jahr 2000 lag der Anteil bei 18 Prozent; die Preissenkungspotentiale bei Lebensmitteln scheinen allmählich erschöpft zu sein.

Lebensmittel

Ausgaben für Nahrung, in Prozent der Konsumausgaben

1900	57
1950	44
1970	25
1990	18
2008	15

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Symptomtherapie

Das Gesundheitssystem kränkelt seit Jahr und Tag. Zahlreiche Diagnosen und Therapien konnten in der Vergangenheit höchstens kurzfristige Linderung bringen. Der Therapieversuch für die nähere Zukunft heißt wieder einmal „Kopfpauschale“.

Es ist leicht zu erkennen, wer welchem Lager angehört: Bei ihren Gegnern heißt sie „Kopfpauschale“. Das erinnert an alte Filme, in denen auf Bösewichte „Kopfgeld“ ausgesetzt wurde; damit wird eine Art „Jagd auf Versicherte“ suggeriert. Deshalb sprechen Befürworter aus semantischen Gründen lieber von einer „Gesundheitsprämie“. Doch beide Seiten meinen dasselbe: Eine vom Einkommen unabhängige Pauschale als Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Logik dahinter ist simpel: Eine Erkältung unterscheidet nicht zwischen Bankdirektor und Verkäuferin, und die Aufwendungen zur Heilung sind für beide gleich hoch.

Versicherungszwang

Noch gilt: Alle Erwerbstätigen bis zu einem bestimmten Einkommen – mit Ausnahme von Selbständigen und Beamten – müssen Mitglied der GKV sein. Die rund 170 gesetzlichen Kassen, also AOK, Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen, haben etwa 71 Millionen Mitglieder. 20 Millionen davon sind beitragsfrei mitversicherte Familienmitglieder. Alter, Geschlecht oder sonstige Risiken spielen keine Rolle in der GKV.

Jedes Pflichtmitglied zahlt – bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze von 3 750 € pro Monat (45 000 € jährlich) – einen bestimmten Anteil

seines Bruttoverdienstes als Versicherungsbeitrag. Der Beitragssatz liegt aktuell bei 14,9 Prozent; Arbeitgeber tragen derzeit sieben, die Versicherten 7,9 Prozent.

Bezieher mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze können als freiwillig Versicherte in der Gesetzlichen Krankenkasse bleiben. Sie müssen derzeit maximal 559 € pro Monat zahlen, von denen der Arbeitgeber 257 € abführen muss. Der Beitrag ist also bis zum Erreichen der Beitragsbemessungsgrenze vom Arbeitseinkommen abhängig, danach bleibt er konstant. Ergo sinkt für hohe und höchste Einkommen die relative Belastung durch die Krankenkasse.

Der Plan: Einheitsbeitrag

Mit einer Kopfpauschale sieht das anders aus. Sie zeigt, was das Gesundheitssystem im Durchschnitt jeden einzelnen gesetzlich Versicherten kostet: Nach Berechnungen aus dem Bundesinnenministerium wären das aktuell um die 140 € im Monat für jeden Erwachsenen, zuzüglich des Arbeitgeberanteils.

Wer zurzeit in der GKV einen höheren Beitrag zahlt, hätte nach Einführung der Pauschale weniger abzuführen. Und umgekehrt: Wer momentan nur 100 € Beitrag zahlt, müsste mehr ausgeben. Doch eine Mehrbelastung durch die Umstellung soll

ausgeschlossen werden, sodass die Differenz von 40 € aus der Staatskasse – besser: aus Steuermitteln – gezahlt würde. Für Arbeitgeber soll der Anteil im Übrigen ebenfalls gedeckelt werden.

Ausgleich durch Steuern

Für den sozialen Ausgleich sorgt bei der Kopfpauschale also das Steuersystem. Das bedeutet, dass mit Einführung der Pauschale deutlicher zwischen Solidargemeinschaft und Krankenversicherung unterschieden wird. Bislang erfolgt der soziale Ausgleich auch innerhalb der Krankenkassen. Es gibt Umverteilung von Jungen und Gesunden hin zu Alten und Kranken sowie von besserverdienenden Krankenkassenmitgliedern zu Mitgliedern mit geringem oder ohne Einkommen, zum Beispiel nicht erwerbstätige Ehepartner.

Mit Einführung der Pauschale wären dagegen alle Bürger an der Finanzierung der GKV beteiligt, nicht mehr nur die gesetzlich Versicherten. Neben dem Lohn würden beispielsweise auch Kapital- oder Mieteinkünfte zum Solidarausgleich herangezogen. Wer bisher wenig verdient, aber hohe Einkünfte aus anderen Quellen bezieht, zahlt einen niedrigen Beitrag. Mit Einführung der Pauschale werden sowohl Arbeitslohn als auch Zins-, Miet- oder sonstigen Einnahmen zum sozia-



„Wir wollen ein besseres System, das dafür sorgt, unnötige Kosten zu vermeiden. Reine Kostendämpfungsgesetze führen nur zu einer schleichenden Rationierung.“

Philipp Rösler, Bundesminister für Gesundheit

len Ausgleich herangezogen, und damit alle Einkommensarten gleich behandelt.

Der Hinweis, dass der Bankdirektor dann so viel zahle wie eine Verkäuferin, taugt wenig als Gegenargument. In der Praxis hat sich der Bankdirektor längst bei der GKV abgemeldet und ist privat versichert. Genau solche „Besserverdiener“ müssten sich künftig stärker am sozialen Ausgleich beteiligen.

Keine Folgen für die PKV?

In der Diskussion um die Pauschale ist fast ausschließlich von den gesetzlich Versicherten die Rede, weil für die privat Versicherten alles beim alten bleiben soll. Doch vermutlich hätte eine Kopfpauschale auch Auswirkungen auf die Private Krankenversicherung (PKV). Immerhin waren 2009 rund 8,7 Millionen Menschen privat krankenversichert; das entspricht in etwa der Mitgliederzahl der größten gesetzlichen Krankenversicherung, der „Barmer GEK“.

Die Beiträge der PKV sind unabhängig vom Einkommen. Sie richten sich nach gewähltem Tarif, Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand des Versicherten. Die beitragsfreie Mitversicherung von gering verdienenden Familienangehörigen und Kindern, wie bei der GKV, gibt es in der privaten Krankenversicherung nicht. Die PKV sieht vor allem in jungen, gut verdienenden Bürgern ihre Klientel. Für Einsteiger in jungen Jahren sind die Tarife meist entsprechend günstig. Führt die Bundesregierung die Pauschale ein, werden

PKV-Angebote aber unattraktiver: 140 € sind günstiger als mancher PKV-Tarif.

Private Krankenkassen haben, jungen Neumitgliedern zum Trotz, eine ungünstige Altersstruktur. Während die Altersverteilung der GKV halbwegs ausgeglichen ist, hat die PKV einen Überhang bei 40- bis 50jährigen Männern, weil diese Altersgruppe zu den „Besserverdienern“ zählt. Gelingt es den Kassen nicht, genügend junge Versicherte neu zu gewinnen, wären in 15 bis 20 Jahren Ruhestandler und Pensionäre die größte Versichertengruppe innerhalb der PKV.

Günstig in jungen, teuer in alten Tagen

Die Folge: Mit zunehmendem Alter müssten die Versicherungsprämien steigen. Dabei ist die Beitragsentwicklung bei den privaten Krankenversicherungen schon jetzt bemerkenswert. Während die Beiträge der GKV im Zeitraum von 1997 bis 2008 um 30 Prozent gestiegen sind, wuchsen die Beiträge der PKV um 52 Prozent. Das waren 3,9 Prozent pro Jahr, wesentlich mehr als das durchschnittliche Wirtschaftswachstum. Diese Beitragsexplosion bleibt weitgehend unbemerkt, weil sie vor allem Bestandskunden trifft. Da aber das Eintrittsalter bei Vertragsbeginn und der Gesundheitszustand entscheidende Kriterien für den Beitrag sind, ist ein Wechsel von einer PKV zur anderen oft wenig sinnvoll und in den meisten Fällen mit höheren Beiträgen für Versicherte verbunden, die wegen ihres Al-

Kommission zum Gesundheitswesen

Das Bundeskabinett hat die Kommission „zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ unter Vorsitz von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler berufen. Zur Kommission gehören außerdem die Bundesministerinnen und -minister Ilse Aigner (Verbraucherschutz), Rainer Brüderle (Wirtschaft), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Justiz), Ursula von der Leyen (Arbeit und Soziales), Thomas de Maizière (Innen), Wolfgang Schäuble (Finanzen) und Kristina Schröder (Familie). Am 17. März werden die Beratungen starten, erste Ergebnisse soll es im Juli geben.

ters nicht mehr in günstigere Versicherungen wechseln können.

Der Ausweg aus dem möglichen Dilemma wäre, die im Vergleich zur GKV großzügigere Honorarpraxis der PKV zu beenden und mit Rabattverträgen, Kostenpauschalen, Deckelungen und anderem zu arbeiten. Dann hätte die PKV die Kosten vielleicht besser unter Kontrolle – nur würde sie sich dann gar nicht mehr von der GKV unterscheiden. Damit bleibt festzuhalten: Die PKV in der heutigen Form würde durch die Einführung der Kopfpauschale verschwinden.

Systemwechsel – zu welchem Preis?

Zwar wird gewarnt, die Einführung der Gesundheitsprämie sei nicht zu finanzieren. Die Pauschale soll zwischen 22 und 35 Milliarden € an Steuerzuschüssen kosten. Dabei wird aber vergessen, dass auch im aktuellen System jährlich rund 40 Milliarden € innerhalb der GKV – Stichworte: Gesundheitsfonds, Risikostrukturausgleich – umverteilt werden. Die Pauschale selbst erhöht die Kosten nicht zwangsläufig.

Der bürokratische Aufwand für diese neue Form der Umverteilung dürfte aller-

dings größer sein: Zumindest müssten regelmäßig die Steuerdaten der Finanzämter mit den Daten der Krankenkassen abgeglichen werden. In Steuerverfahren wird schon jetzt oft gestritten, welches Einkommen relevant für die Steuererhebung ist. Bis zum rechtsverbindlichen Steuerbescheid wären dann künftig auch die Versicherungsbeiträge strittig.

Erleichterungen sehen die Befürworter der Pauschale vor allem für den Arbeitsmarkt. Durch die Deckelung der Arbeitgeberbeiträge würden die Gesundheits- von den Arbeitskosten entkoppelt. Würde die Krankenversicherung teurer, steigen nicht mehr automatisch die Personalkosten in den Unternehmen. Und niedrige Arbeitskosten sind relevant für die Zahl der Arbeitsplätze.

Das größte Manko beim Umstieg auf die Pauschale bleibt jedoch, dass mit der Zuweisung aus dem Steuertopf die Abhängigkeit der Versicherten vom Staat wächst. Sie sind dann noch mehr als jetzt auf Gedeih und Verderb von der Haushaltslage des Staates abhängig. Und woher sollen die staatlichen Zuschussbeiträge kommen, wenn die Staatskasse leer ist?

Andreas Schirmer



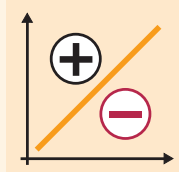
„Es ist nicht unsere Aufgabe,
die Armut gleich zu Verteilen –
es ist unsere Aufgabe, sie zu beseitigen.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

März 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im März 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Im Februar 2010 wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) etwas mehr als 3,6 Millionen arbeitslose Menschen registriert. Das waren 91 000 Menschen mehr ohne Beschäftigung als vor einem Jahr. Als Arbeitsuchende liebten sich rund 6,1 Millionen Frauen und Männer registrieren, 267 000 mehr als im Vorjahresmonat. Die von der BA ermittelte „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ lag im vergangenen Februar bei 4,8 Millionen, 256 000 mehr als im Februar 2009.

Arbeitslose



Eigenverantwortung



Um eigenverantwortlich wirtschaften zu können, sind die meisten Menschen auf ein verlässliches Arbeitseinkommen angewiesen. Doch da zeigt sich während der letzten Jahre wenig Erfreuliches: In

Bruttoverdienst

pro Kopf und Jahr in €



Deutschland gibt es – erstmals seit 1949 – sinkende Bruttolöhne. Im Jahr 2009 sanken die durchschnittlichen Bruttoverdienste je Beschäftigten über alle Branchen um 0,4 Prozent auf 27 648 €. Kurzarbeit und Überstundenabbau – also weniger Arbeitsstunden –, bedingt durch die Wirtschafts-

krise, waren ursächlich für den Verdienstrückgang.

Bereinigt man die Bruttoverdienste um die Verbraucherpreisentwicklung, zeigt sich die Entwicklung der Bruttoeinkommen noch dramatischer: Real sinken die Bruttoverdienste bereits das 6. Jahr in Folge! Insgesamt lag der durchschnittliche reale Bruttoverdienst 2009 etwa auf dem Niveau von 1991.

Geldwertstabilität



Als „schlichtweg falsch“ und „extrem gefährlich“ wertete Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), den Vorstoß von drei Wissenschaftlern des Internationalen Währungsfonds (IWF), die von den Zentralbanken avisierte Inflationsrate von bislang zwei Prozent auf vier Prozent anzuheben. Das Positionspapier „Rethinking Macroeconomic Policy“ verdient besondere Aufmerksamkeit, weil einer der Autoren, Oliver Blanchard, der Chefvolkswirt des IWF ist. Ein Kernpunkt des Papiers und Stein des Anstoßes: Man solle überprüfen, ob die Nachteile einer höheren

Inflation

Durchschnittliche Jahresteuierung in Prozent

1950 – 1959	0,2
1960 – 1969	1,3
1970 – 1979	4,5
1980 – 1989	2,4
1991 – 1999	2,4
2000 – 2009	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Teuerungsrate nicht von den Vorteilen eines dann größeren Zinssenkungsspielraums der Zentralbanken aufgewogen würden.

Wie der EZB-Präsident hatte sich auch Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, gegen eine höhere Inflation ausgesprochen. Ein solcher Schritt sei im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise äußerst kontraproduktiv und würde „die über Jahrzehnte mühevoll gewonnene Glaubwürdigkeit der Geldpolitik“ bis ins Mark erschüttern. Die schnelle und klare Reaktion auf den IWF-Vorstoß festigt die geldpolitische Position Europas und trägt damit zur Geldwertstabilität bei.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: Dr. Philipp Rösler (innen)
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard